

Pressemitteilung

Hamburg, 21. Juni 2018
WP 21/#1231

DIE LINKE beantragt einfacheren Zugang zu Kita-Gutscheinen

Einen einfacheren Weg zu Kita-Gutscheinen für fast 73.000 Hamburger Eltern fordert die Fraktion DIE LINKE mit einem **Antrag** (Drs. 21/13433) zur Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft am kommenden Mittwoch. Bislang müssen Eltern jedes Jahr aufs Neue eine Weiterbewilligung der Unterstützung beantragen – verpassen sie Fristen, entstehen ihnen hohe Kosten und den Kitas oft Zahlungsausfälle. *„Wir wollen eine Vereinfachung wie im Berliner Modell“*, erläutert **Mehmet Yildiz**, kinderpolitischer Sprecher der Fraktion. *„Dort müssen Eltern die Kita-Gutscheine nur einmal für die maximal dreijährigen Kinder und dann noch einmal für die bis zu Sechsjährigen beantragen. Eine solche Vereinfachung wäre für Hamburg ein Segen: Die Mitarbeiter_innen in den Behörden müssen nicht mehr jedes Jahr 73.000 Anträge auf Weiterbewilligung bearbeiten, die Kitas könnten Zahlungsrückstände und die Beauftragungen von Inkasso-Firmen reduzieren. Und die Eltern müssten nicht mehr bei kleinen Versäumnissen für die Betreuung ihrer Kinder bezahlen, obwohl sie eigentlich einen Anspruch darauf haben.“*

Statt der regelhaften jährlichen Weiterbewilligungen sollen nur noch Meldungen bei Bedarfsänderungen nötig werden, wie es im rot-rot-grün regierten Berlin möglich ist. Außerdem sollen zur Herstellung des Rechtsfriedens den Kitas aufgelaufene Rückstände erstattet werden. Der Vorschlag soll in der „Vertragskommission Kita“ von Senat und Kita-Anbietern entsprechend den Vorgaben des Hamburger Gutschein-Systems verhandelt werden – in diesem Rahmen hat der Senat genügend Spielraum für die Reform.

Hintergrund des Antrags ist die **Anfrage** 21/12928 der Fraktion DIE LINKE, wonach den Einrichtungen aufgrund des jährlichen Auslaufens der Kita-Gutscheine Zahlungsrückstände durch die Eltern von bis zu 165.000 Euro entstehen. Allein in 80 Einrichtungen der „Elbkinder“ belaufen sie sich auf jeweils mindestens 20.000 Euro. *„Dass Kitas dann Inkasso-Unternehmen beauftragen müssen, belastet ihr Verhältnis zu den Eltern erheblich“*, so Yildiz. *„Das vereinfachte Verfahren würde nicht nur sehr viel Arbeit einsparen, sondern auch viele Spannungen abbauen. Wir hoffen, dass SPD und Grüne dem Vorbild ihrer Kolleg_innen in Berlin folgen und dieser dringend gebotenen Reform zustimmen.“*

Die Anfrage, eine Analyse und den Antrag der Fraktion DIE LINKE finden Sie im Anhang dieser Mitteilung.

Kontakt: Florian Kaiser, Pressesprecher, Telefon 040 / 42 831 2445, Mobil 0160 / 9857 4945
Telefax 040 / 42 731 2277, pressestelle@linksfraktion-hamburg.de, www.linksfraktion-hamburg.de
DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg